

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2001

Ausgegeben am 23. Jänner 2001

Teil III

17. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Russischen Föderation über die Zusammenarbeit bei den freiwilligen Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes

17.

ABKOMMEN

zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Russischen Föderation über die Zusammenarbeit bei den freiwilligen Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes

DIE ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG UND DIE REGIERUNG DER RUSSISCHEN FÖDERATION,

im folgenden „die Vertragsparteien“ genannt,

IN DER ERKENNTNIS, daß die Diktatur des Nationalsozialismus und der Krieg den Fremdenhaß, die Unfreiheit, Rassismus, Intoleranz und Massenmord brachten und daß der Völkermord an slawischen und anderen Völkern, die Einmaligkeit und Unvergleichbarkeit des Verbrechens des Holocaust Mahnung zu ständiger Wachsamkeit gegen alle Formen von Diktatur und Totalitarismus sind,

IN DER ÜBERZEUGUNG, daß nur durch Gerechtigkeit und Versöhnung dauerhafte Stabilität und ein friedliches und sicheres Miteinander gewährleistet werden können sowie das Wissen und die Sensibilität für die Strukturen und Mechanismen des nationalsozialistischen Unrechtssystems den künftigen Generationen als Mahnung für die Zukunft weitergegeben werden müssen,

VON DEM WUNSCH GELEITET, Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu schaffen, um ehemaligen Sklaven- und Zwangsarbeitern des nationalsozialistischen Regimes auf dem Gebiete der heutigen Republik Österreich eine freiwillige Leistung der Republik Österreich unter Berücksichtigung der Verantwortung der betroffenen Unternehmen zu geben,

IN DER ERKENNTNIS, daß durch diese freiwillige Leistung der Republik Österreich ein wesentlicher Beitrag zu Versöhnung, Frieden und Verständigung der Völker in Europa gesetzt wird,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Definitionen

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) bezeichnet der Begriff „Fonds“ den durch österreichisches Bundesgesetz (BGBl. I Nr. 74/2000 vom 8. August 2000) eingerichteten Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes (Versöhnungsfonds).

(2) bezeichnet der Begriff „Stiftung“ die von der Regierung der Russischen Föderation gegründete Stiftung „Verständigung und Aussöhnung“ der Russischen Föderation.

Artikel 2

Gegenstand des Abkommens

Die Österreichische Bundesregierung wird den Fonds veranlassen, in einem Höchstmaß von ÖS 725 Millionen über die Stiftung einmalige finanzielle Beiträge an natürliche Personen zu leisten, die vom nationalsozialistischen Regime auf das Gebiet der heutigen Republik Österreich deportiert und zur

Sklaven- oder Zwangsarbeit verpflichtet wurden, im Zeitpunkt ihrer Deportation sowjetische Staatsbürger waren und am 15. Februar 2000 ihren ständigen Wohnsitz in der Russischen Föderation, Litauen oder Lettland hatten. Dies gilt auch für Personen mit heutigem ständigen Wohnsitz in den ehemaligen Teilrepubliken der Sowjetunion mit Ausnahme der Ukraine, Belarus, Estland und Moldau, wenn sie aus dem Gebiet der heutigen Russischen Föderation, Litauens oder Lettlands deportiert wurden.

Artikel 3

Grundsätze für den Empfang von Leistungen

(1) Als Leistungsempfänger kommen ehemalige vom nationalsozialistischen Regime auf das Gebiet der heutigen Republik Österreich deportierte Sklaven- oder Zwangsarbeiter, insofern sie keine Leistungen aus dem Titel ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeit von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ der Bundesrepublik Deutschland erhalten können, in Betracht, nämlich

- a) Sklavenarbeiter (ÖS 105 000),
- b) Zwangsarbeiter in der Industrie (ÖS 35 000),
- c) Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft (ÖS 20 000),
- d) mitdeportierte Kinder und Minderjährige vor Vollendung des zwölften Lebensjahres und Kinder, die während des Zwangsarbeitseinsatzes ihrer Mutter auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich geboren wurden (je nach Kategorie der Eltern), und
- e) weibliche Zwangsarbeiter, die Kinder in Ostarbeiterinnenentbindungsheimen zur Welt brachten oder zum Schwangerschaftsabbruch genötigt wurden (zusätzlich ÖS 5 000),

die im Zeitpunkt ihrer Deportation sowjetische Staatsbürger waren und am 15. Februar 2000 ihren ständigen Wohnsitz in der Russischen Föderation, Litauen oder Lettland hatten, ebenso Personen mit heutigem ständigen Wohnsitz in den ehemaligen Teilrepubliken der Sowjetunion mit Ausnahme der Ukraine, Belarus, Estland und Moldau, wenn sie aus dem Gebiet der heutigen Russischen Föderation, Litauens oder Lettlands deportiert wurden.

(2) Leistungen sind höchstpersönlich und ausdrücklich zu beantragen. Personen, deren vollständige und überprüfte Unterlagen über die von ihnen geleistete Sklaven- und Zwangsarbeit sich im Besitz der Stiftung befinden, sind nicht verpflichtet, neue Anträge auf Auszahlungen einzureichen. Ist der Leistungsberechtigte am oder nach dem 15. Februar 2000 verstorben, treten an seine Stelle die Erben nach russischem Recht.

(3) Der Antragsteller hat die Leistungsvoraussetzungen durch Urkunden nachzuweisen oder auf andere Weise glaubhaft zu machen. Beim Empfang der Leistung ist eine Erklärung abzugeben, daß auf die Geltendmachung von Forderungen gegen die Republik Österreich und österreichische Unternehmen und gegen die Bundesrepublik Deutschland und deutsche Unternehmen für Sklaven- und Zwangsarbeit während des nationalsozialistischen Regimes gemäß diesem Abkommen unwiderruflich verzichtet wird. Ein Rechtsanspruch auf Leistungen gemäß diesem Abkommen besteht nicht.

(4) Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Russischen Föderation informieren einander gesondert über die Einzelheiten der Regelung für Empfang und Umfang der Leistungen.

Artikel 4

Grundsätze für die Erbringung der Leistung

(1) Die Auszahlung der vom Fonds zur Verfügung gestellten Mittel erfolgt durch die Stiftung. Mittel des Fonds werden je nach Bedarf innerhalb kürzest möglicher Frist auf Grund der von der Stiftung übermittelten und vom Fonds stichprobenartig überprüften Listen der Personen gemäß den in Artikel 3 Absatz 1 genannten Kategorien, die die Leistungsvoraussetzungen erfüllen, zugewiesen.

(2) Die Zahlungen erfolgen in konvertibler Währung (Devisen) auf das Konto der Stiftung, das die Regierung der Russischen Föderation der Österreichischen Bundesregierung angeben wird.

(3) Die Regierung der Russischen Föderation verpflichtet sich, Leistungen nach diesem Abkommen von allen Abgaben, Steuern und Gebühren entsprechend dem russischen Recht zu befreien, die Leistungen ohne Abzüge weiterzugeben und insbesondere keine Minderung von Einkünften der Leistungsberechtigten aus dem System der sozialen Sicherheit, dem Gesundheitswesen oder aus anderen Bereichen herbeizuführen, die in der Russischen Föderation gewährt werden.

(4) Die Stiftung wird dafür Sorge tragen, daß Personen, deren Anträge auf Leistungen sie abgewiesen hat, die Möglichkeit eingeräumt wird, eine Beschwerde gegen diesen Beschluß bei der Beschwerdestelle einzulegen.

(5) Im Interesse größtmöglicher Transparenz bei der Durchführung dieses Abkommens ist eine entsprechende regelmäßige internationale Wirtschaftsprüfung der Stiftung vorzusehen, deren Auswahl im

Einvernehmen zwischen Fonds und Stiftung zu treffen ist. Die anfallenden Kosten werden vom Fonds übernommen.

(6) Bei der Gewährung der Leistung durch die Stiftung ist Vorsorge zu treffen, daß die österreichische Herkunft der Mittel und der Leistungszweck gegenüber den Leistungsberechtigten und der Öffentlichkeit entsprechend betont werden.

(7) Einzelheiten der Leistungserbringung sind in Verträgen zwischen dem Fonds und der Stiftung zu regeln. In diesen Verträgen ist auch die Übernahme der angemessenen Deckung der bei der Stiftung entstehenden Personal- und Sachkosten durch Mittel des Fonds zu regeln. Weiters ist sicherzustellen, daß es bei Sklaven- und Zwangsarbeit, die teilweise sowohl im Leistungsbereich der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ der Bundesrepublik Deutschland als auch in jenem des Fonds geleistet wurde, zu keinen Doppelzahlungen kommt.

Artikel 5

Datenschutz

(1) Der Fonds und die Stiftung sind berechtigt, von den jeweiligen Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen Auskünfte einzuholen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Eine Auskunftserteilung unterbleibt, soweit besondere gesetzliche Bestimmungen dem entgegenstehen oder die schutzwürdigen Geheimhaltungsinteressen des Betroffenen die berechtigten Informationsinteressen des Fonds oder der Stiftung überwiegen.

(2) Die eingeholten Auskünfte dürfen nur für die Erfüllung der Zwecke nach diesem Abkommen, personenbezogene Daten eines Antragstellers nur für das Verfahren zur Leistungsgewährung verwendet werden. Die Verwendung dieser Daten für andere Zwecke ist zulässig, wenn der Antragsteller ausdrücklich zustimmt.

Artikel 6

Vertretung

(1) Die Regierung der Russischen Föderation kann einen Vertreter als Mitglied in das Kuratorium des Versöhnungsfonds entsenden.

(2) Die Regierung der Russischen Föderation wird dafür Sorge tragen, daß vom Fonds zu benennenden Personen gestattet wird, in die Arbeiten der Stiftung, die mit der Durchführung dieses Abkommens zusammenhängen, Einsicht zu nehmen.

Artikel 7

Rechtssicherheit

Die Russische Föderation wird weitere Forderungen ihrer Staatsbürger gegenüber der Republik Österreich oder österreichischen Unternehmen aus dem Titel ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeit unter dem nationalsozialistischen Regime auf dem heutigen Gebiet der Republik Österreich nicht geltend machen und weder vertreten noch unterstützen.

Artikel 8

Anträge früherer sowjetischer und russischer oder heutiger russischer Staatsbürger außerhalb des Abkommens

Dieses Abkommen berührt nicht die Möglichkeit früherer sowjetischer und russischer oder heutiger russischer Staatsbürger, die nicht unter dieses Abkommen fallen, Anträge direkt an den Fonds zu richten.

Artikel 9

Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt an dem Tage in Kraft, an dem die letzte schriftliche Mitteilung in Empfang genommen wird, mit denen die Vertragsparteien einander über die Erfüllung der innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens in Kenntnis gesetzt haben.

GESCHEHEN zu Wien, am 27. November 2000, in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist.

Für die Österreichische Bundesregierung:

Dr. Wolfgang Schüssel

Für die Regierung der Russischen Föderation:

Igor Iwanow

СОГЛАШЕНИЕ

**между Правительством Австрийской Республики
и Правительством Российской Федерации**

**о сотрудничестве в осуществлении Австрийской Республикой
добровольных выплат лицам, привлекавшимся национал-
социалистским режимом к рабскому и принудительному труду**

Правительство Австрийской Республики и Правительство Российской Федерации, именуемые в дальнейшем Сторонами,

сознавая, что диктатура национал-социализма и война принесли ненависть к иностранцам, отсутствие свободы, расизм, нетерпимость и массовые убийства, привели к геноциду славянских и других народов, беспрецедентным и невиданным по своей чудовищности преступлениям холокоста, что обязывает к постоянной бдительности в отношении всех форм диктатуры и тоталитаризма,

будучи убежденными в том, что только справедливость и примирение могут обеспечить прочную стабильность, мирное и безопасное сосуществование, а также в том, что знание и обостренное восприятие структур и механизмов противоправной системы национал-социализма должны послужить предостережением для будущих поколений,

руководствуясь желанием наладить сотрудничество между Сторонами с целью решения вопроса об осуществлении выплат лицам, привлекавшимся национал-социалистским режимом к рабскому и принудительному труду на территории нынешней Австрийской Республики, путем добровольного взноса Австрийской Республики с учетом ответственности имевших к этому отношение компаний,

признавая, что указанные добровольные выплаты Австрийской Республики являются существенным вкладом в дело примирения, мира и взаимопонимания народов Европы, согласились о нижеследующем:

Статья 1 **Определение понятий**

Понятия, используемые в настоящем Соглашении, означают следующее:

1) "Австрийский фонд" - Фонд по добровольным выплатам Австрийской Республики лицам, привлекавшимся национал-социалистским режимом к рабскому и принудительному труду (Фонд примирения), образованный в соответствии с австрийским федеральным законом, опубликованным в Бюллетене федеральных законов, часть I, №74/2000 от 8 августа 2000 г.;

2) "Российский фонд" - Фонд взаимопонимания и примирения Российской Федерации, образованный Правительством Российской Федерации.

Статья 2 **Предмет Соглашения**

Правительство Австрийской Республики обеспечит выплату единовременных денежных сумм Австрийским фондом через Российский фонд в максимальном объеме 725 млн. австрийских шиллингов депортированным национал-социалистским режимом на территорию нынешней Австрийской Республики и привлекавшимся к рабскому и принудительному труду лицам, которые в момент депортации являлись гражданами СССР и по состоянию на 15 февраля 2000 г. имели постоянное место жительства в Российской Федерации, Литве или Латвии.

Это относится также к лицам, имеющим в настоящее время постоянное место жительства в одной из бывших республик Советского Союза, кроме Украины, Белоруссии, Эстонии и Молдавии, если они были депортированы с территории нынешней Российской Федерации, Литвы или Латвии.

Статья 3 **Условия получения выплат**

1. Получателями выплат являются депортированные национал-социалистским режимом на территорию нынешней Австрийской Республики и привлекавшиеся к рабскому и принудительному труду лица, если они не могут получить выплаты в качестве привлекавшихся к рабскому и принудительному труду от Фонда Федеративной Республики Германия "Память, ответственность и будущее", а именно:

- а) привлекавшиеся к рабскому труду (105 000 австрийских шиллингов);
- б) подневольные рабочие в промышленности (35 000 австрийских шиллингов);
- в) подневольные работники в сельском хозяйстве (20 000 австрийских шиллингов);
- г) угнанные с ними дети в возрасте до 12 лет и дети, родившиеся в период привлечения их матерей к принудительному труду на территории нынешней Австрийской Республики (в соответствии с категорией выплат для их родителей);
- д) занятые на принудительных работах женщины, которым пришлось рожать детей в специально отведенных для них нацистами родильных домах или произвести в принудительном порядке искусственное прерывание беременности (дополнительно - 5 000 австрийских шиллингов),

если эти лица в момент депортации являлись гражданами СССР и по состоянию на 15 февраля 2000 г. имели постоянное место жительства в Российской Федерации, Литве или Латвии, а также лица, имеющие в настоящее время постоянное место жительства в одной из бывших республик Советского Союза, кроме Украины, Белоруссии, Эстонии и Молдавии, если они были депортированы с территории нынешней Российской Федерации, Литвы или Латвии.

2. Ходатайство о получении выплат должно быть подано лично заявителем в ясно выраженной форме. Лица, в отношении которых у Российского фонда имеется полная и проверенная документация об их привлечении к рабскому и принудительному труду, не обязаны вновь подавать ходатайство о получении выплат. Если лицо, имеющее право на выплаты, скончалось 15 февраля 2000 г. или после указанной даты, вместо него выплаты получают его наследники в соответствии с законодательством Российской Федерации.

3. Право на получение выплат должно быть обосновано заявителем путем предъявления документов или иным заслуживающим доверия образом. При получении выплат необходимо сделать заявление об окончательном отказе от предъявления дальнейших претензий к Австрийской Республике и австрийским компаниям, а также к Федеративной Республике Германия и германским компаниям в связи с использованием национал-социалистским режимом рабского и принудительного труда. Право на получение выплат в соответствии с настоящим Соглашением через суд не используется.

4. Правительство Австрийской Республики и Правительство Российской Федерации дополнительно проинформируют друг друга относительно урегулирования деталей по вопросам получения и размера выплат.

Статья 4 **Условия осуществления выплат**

1. Выплата средств, выделенных Австрийским фондом, осуществляется через Российский фонд. Средства Австрийского фонда перечисляются по мере необходимости и в максимально сжатые сроки на основании переданных Российским фондом и подвергнутых выборочной проверке Австрийским фондом списков лиц, отвечающих условиям, необходимым для получения выплат, в соответствии с категориями, указанными в пункте 1 статьи 3 настоящего Соглашения.

2. Платежи осуществляются в конвертируемой валюте и переводятся на счет Российского фонда, реквизиты которого будут сообщены Правительством Российской Федерации Правительству Австрийской Республики.

3. Правительство Российской Федерации берет на себя обязательство в соответствии с законодательством Российской Федерации освободить выплаты, осуществляемые в соответствии с настоящим Соглашением, от обложения сборами, налогами и пошлинами, передать эти выплаты по назначению без каких-либо отчислений и не допустить сокращения выплат и льгот, предоставляемых соответствующим лицам в Российской Федерации по линии социального обеспечения, здравоохранения и в других областях.

4. Российский фонд предоставит лицам, чьи ходатайства о получении выплат были им отклонены, возможность обжаловать это решение в Кассационной комиссии.

5. В интересах максимальной открытости при решении вопросов, связанных с реализацией настоящего Соглашения, предусматривается проведение соответствующих регулярных проверок Российского фонда международными аудиторскими фирмами, которые привлекаются по

договоренности между Австрийским фондом и Российским фондом. Возникающие в этой связи расходы оплачиваются Австрийским фондом.

6. При осуществлении выплат Российским фондом принимаются меры для широкого ознакомления общественности и конкретных получателей относительно целей предоставления Австрийской Республикой этих средств.

7. Конкретные вопросы, связанные с осуществлением выплат, регулируются соглашениями между Австрийским фондом и Российским фондом. В этих соглашениях должен быть урегулирован и вопрос о соответствующем возмещении затрат Российского фонда на оплату работы сотрудников и текущих расходов за счет средств Австрийского фонда.

При этом исключаются двойные выплаты лицам, привлекавшимся к рабскому и принудительному труду как в сфере ответственности Фонда Федеративной Республики Германия "Память, ответственность и будущее", так и в сфере ответственности Австрийского фонда.

Статья 5

Защита личных данных

1. Австрийский фонд и Российский фонд имеют право запрашивать информацию у государственных и общественных учреждений соответственно Австрийской Республики и Российской Федерации, необходимую для выполнения ими своих задач. В предоставлении информации может быть отказано, если это противоречит положениям соответствующих законов, а также если, несмотря на заинтересованность Австрийского фонда и Российского фонда в получении такой информации, необходимо сохранить в тайне не подлежащие оглашению сведения о соответствующих лицах.

2. Полученная информация может быть использована только в целях выполнения настоящего Соглашения, а личные данные заявителей - только в рамках процедур, необходимых для осуществления выплат. Использование этих данных в иных целях допустимо лишь с ясно выраженного согласия заявителя.

Статья 6

Представительство

1. Правительство Российской Федерации может направить своего представителя в Попечительский совет Фонда примирения в качестве его члена.

2. Правительство Российской Федерации обеспечит возможность ознакомления назначаемых Австрийским фондом лиц с работой Российского фонда, имеющей отношение к осуществлению настоящего Соглашения.

Статья 7

Правовые гарантии

Российская Федерация не будет предъявлять, представлять и поддерживать дополнительные требования своих граждан к Австрийской Республике или австрийским компаниям, связанные с использованием национал-социалистским режимом рабского и принудительного труда на территории нынешней Австрийской Республики.

Статья 8
Ходатайства бывших советских и российских или
нынешних российских граждан вне рамок настоящего Соглашения

Настоящее Соглашение не затрагивает права бывших советских и российских граждан или нынешних российских граждан, не подпадающие под действие настоящего Соглашения, подавать ходатайства непосредственно в Австрийский фонд.

Статья 9
Вступление в силу

Настоящее Соглашение вступает в силу с даты получения последнего письменного уведомления о выполнении Сторонами внутригосударственных процедур, необходимых для его вступления в силу.

Совершено в г.Вене 27 ноября 2000 года в двух экземплярах, каждый на немецком и русском языках, причем оба текста имеют одинаковую силу.

ЗА ПРАВИТЕЛЬСТВО
АВСТРИЙСКОЙ РЕСПУБЛИКИ

Dr. Wolfgang Schüssel

ЗА ПРАВИТЕЛЬСТВО
РОССИЙСКОЙ ФЕДЕРАЦИИ

Igor Iwanow

Die Mitteilungen gemäß Art. 9 des Abkommens langten am 5. bzw. 15. Dezember 2000 bei den Vertragsparteien ein; das Abkommen ist gemäß seinem Art. 9 mit 15. Dezember 2000 in Kraft getreten.

Schüssel